



FDP | 27.06.2015 - 13:15

LINDNER-Interview: Das Verhalten der CSU ist inakzeptabel

Berlin. Der FDP-Bundesvorsitzende CHRISTIAN LINDNER gab der „Mittelbayerischen Zeitung“ (Samstag-Ausgabe) und „Mittelbayerische.de“ das folgende Interview. Die Fragen stellte CHRISTIAN KUCZNIERZ:

Frage: Herr Lindner, die EU wollte eine Quote zur Verteilung der Flüchtlinge, hat sich aber nicht einigen können. Nun soll es eine freiwillige Verteilung geben. Ist das europäische Solidarität?

LINDNER: Nein, das ist eine Armsatzleistung. Es bedeutet mich, dass Europa nicht in der Lage ist, seine gemeinsamen Rechte vorzustand und überhaupt Lasten fair verteilt. Jedes Karthagen gegenwärtig nicht erkennen.

Frage: Würden Sie sagen, Europa versagt angesichts der Flüchtlingskrise?

LINDNER: Offensichtlich, weil wir ja auch die Fluchtursachen nicht mit der nötigen Vehemenz angehen. Für mich gehört dazu der offensive Kampf gegen Schlepper mit militärisch-polizeilichen Mitteln.

Frage: Auch auf die Gefahr hin, dass Europa sich dann in militärische Konflikte, etwa mit Libyen, verstricken würde?

LINDNER: Wir dürfen nicht tolerieren, dass das Mittelmeer zum Massengrab für die Schwächsten wird.

Frage: Wenn wir schon über das Versagen Europas sprechen: Versagt der Kontinent auch im Kampf gegen die griechische Schuldenkrise?

LINDNER: Die EU-Länder dürfen nicht vor Herrn Tsipras einknicken. Wenn sie das täten, hätte das zeigen, dass das Verhalten der griechischen Regierung nicht akzeptabel ist. Es darf nicht sein, werden, dass sie ganz Europa ein halbes Jahr lang am Nasenring durch die Manege zieht.

Frage: Fürchten Sie den Grexit?

LINDNER: Letztlich ist der Grexit für Griechenland gefährlich, aber noch mehr für Europa. Für die Bedingungen. Das würde einen Ansteckungseffekt für andere Länder bedeuten.

Frage: Reicht der Energieverbrauch Marktes langsam herunter. Nur Sie ein Kompromissvorschlag auf dem Tisch, Kuh vom Eis holen. Glauben Sie, dass das funktioniert?

LINDNER: Wenn es gelingt, dann nicht ohne Gas. Das heißt für das Gegenteil. Es gibt kein Verständnis, dass wir die Kohle abzubauen. Das ist ein Kompromissvorschlag, der nicht funktioniert. Es wäre eine kritische Debatte über die deutschen Klimaziele, die deutlich oberhalb der europäischen sind.

Frage: Das heißt, sie wollen einen längeren Betrieb von Kohlekraftwerken?

LINDNER: Ja. Wir müssen für Wohlstand und Wachstum in Deutschland nicht zu gefährden. Unsere Energieerzeugung zu 100% in Erneuerlichen, weil wir es ohne den Einsatz von Kernkraftwerken 2020 erreichen wollen.

Frage: Bayern hat nicht nur die Stromtrassen, sondern auch die Rücknahme von Atomstill als Pfändung hätte das auch getan, wenn es noch eine Koalitionsregierung aus CSU und FDP in Bayern gäbe?

LINDNER-Interview: Das Verhalten der CSU ist inakzeptabel (Druckversion)

LINDNER: Die FDP war und ist genau die Forschungsrichtung der FDP, was die Wirtschaft angeht. Ich sehe das anders als die CSU, das ist ein Grund, das ich bei der CSU bis dato nicht sehe.

Frage: Was sehen Sie dann bei der CSU?

LINDNER: Ich sehe ein großes Verständnis für die Subventionierung der Photovoltaikhersteller und herum.

Frage: Wo sehen Sie in der Politik in Deutschland konkret, dass die FDP fehlt?

LINDNER: Wo nicht? Danken Sie an die Wirtschaft an die schrecklich bürokratische Mindestlohn, die sozialen Konsumenten in der Bundestag, in dem sich die Parteien in Gradus unterscheiden, wie viel Umverteilung und Bürokratie sie wollen.

Frage: Konkret: Hätte es mit Ihnen eine Vorratsdatenspeicherung gegeben?

LINDNER: Nein. Wir haben es ja schon verhindert, dass alle Bürger unter einen Generalverdacht verbunden wäre. Deswegen werden wir gegen das Gesetz klagen.

Frage: Würden Sie die BND-NSA-Affäre anders handhaben?

LINDNER: Das Bundesamt für Verfassungsschutz muss gegen die NSA Ermittlungen aufnehmen. Von einem Verstoß und einem Verstoß gegen das Grundgesetz ist es für die Bundesregierung, für die die Einhaltung des Rechts zu sorgen.

Frage: Sehen Sie also ein Versagen der Bundesregierung?

LINDNER: Ich sehe eine mich irritierende Zurückhaltung. Ich erwarte, dass die Bundesregierung unsere Grundrechte nachhaltiger und vehementer verteidigt. Sie darf in dieser Frage nicht versagen.

Frage: Das Nummernschild Ihres Dienstwagens lautet „D - CL 2017“. Ist das eine Botschaft?

LINDNER: Es ist eine Mahnung an mich selbst. Mein Vertrag mit den Wählern läuft bis 2017, dann wird er nicht mehr verlängert werden.

Frage: 2017 ist aber auch Bundestagswahl...

LINDNER: Ich bin für die FDP antreten werde. Die Bundestagswahl 2017 wird etwas sein. Aber vor allem fehlt im Bundestag doch eine Stimme der Marktwirtschaft und der Bürgerrechte.

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/lindner-interview-das-verhalten-der-csu-ist-inakzeptabel>